



Wir versorgen Deutschland

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Hessen 2023

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus.

Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland. Sie tragen damit entscheidend zur Entlastung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der Pflege und der Krankenhausversorgung, bei.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer qualitätsgesicherten, wohnortnahen Hilfsmittelversorgung in Zukunft noch weiter zunehmen.

Sicherung der Versorgung

1) Welche Maßnahmen und Reformen plant Ihre Partei angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, um in Hessen auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu sichern?

CDU

Wir als CDU Hessen betrachten eine verlässliche Gesundheitsversorgung mit flächendeckenden Angeboten als wesentlichen Teil von sozialer Sicherheit. Die gesundheitliche Versorgung in ausreichender Quantität und hoher Qualität hat für uns eine hohe politische Priorität. Menschen jeden Alters sollen unabhängig vom Einkommen eine optimale Gesundheitsversorgung erhalten. Niemand darf von qualifizierter Beratung und umfassender medizinischer Versorgung abgeschnitten werden. Dieses Ziel umfasst alle Sektoren und Bereiche der gesundheitlichen Versorgung, zu denen auch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke durch die Bereitstellung medizinischer Hilfsmittel gehören. Die Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Hilfsmitteln gewinnt angesichts der demografischen Entwicklung immer mehr an Bedeutung und gehört für uns als ein Baustein zum Aufgabenspektrum der Sicherung bedarfsgerechter Angebote im Gesundheitsbereich.

Unser Ziel ist es eine gute wohnortnahe medizinische Versorgung durch relativ kurze Wege sicherzustellen. Neben dem Engagement Ihrer Branche sehen wir hier auch eine staatliche Aufgabe vor allem, was den Abbau von bürokratischen Hürden betrifft.

Die Zuständigkeit und Kompetenz für die wesentlichen die Sanitätshäuser und

Gesundheitshandwerke betreffenden Regelungen obliegt dem Bund im Rahmen der Regelung des Rechts der Gesetzlichen Krankenversicherung. Wir werden bei allen Reformbemühungen im Gesundheitssektor darauf drängen, dass die Erfordernisse der Hilfsmittelversorgung angemessen berücksichtigt werden.

B 90 / Die Grünen

Zum Erhalt einer wohnortnahen, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung wollen wir bedarfsgerechte Angebote mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Wir fördern im Besonderen die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum. Wir wollen die hausärztliche Versorgung sichern und stärken, sowie in unterversorgten Gebieten die Nachbesetzung attraktiver gestalten. Es braucht zudem eine flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung.

Durch gut erreichbare Gesundheitszentren und ergänzende mobile Praxen stärken wir eine niedrigschwellige Gesundheitsversorgung in ganz Hessen. Ebenso unterstützen wir die dazu notwendigen medizinischen Hilfsmittel, um eine umfassende gesundheitliche Versorgung überall in Hessen aufrechterhalten zu können.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

- Förderung von Innovation und Digitalisierung: Wir setzen uns dafür ein, dass Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke Zugang zu modernen Technologien und digitalen Lösungen erhalten. Dies ermöglicht eine effizientere Versorgung und bessere Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Patienten.
- Schaffung eines fairen Wettbewerbsumfelds: Wir möchten sicherstellen, dass der Wettbewerb im Gesundheitssektor fair und transparent ist. Das bedeutet, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke im Vergleich zu anderen Akteuren im Gesundheitswesen.
- Stärkung der Ausbildung: Um sicherzustellen, dass hochqualifiziertes Personal in den Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerken arbeitet, setzen wir uns für die Weiterentwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten und die Attraktivität dieser Berufe ein.
- Förderung von regionalen Kooperationen: Wir unterstützen die Bildung von regionalen Netzwerken und Kooperationen zwischen Sanitätshäusern, Gesundheitshandwerken und anderen Gesundheitsdienstleistern. Dies ermöglicht eine bessere Abstimmung der Versorgung und die Nutzung von Synergieeffekten.
- Bürokratieabbau: Wir möchten die bürokratischen Belastungen für Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke reduzieren, damit sie sich verstärkt auf die Versorgung konzentrieren können.
- Transparenz und Qualitätskontrolle: Wir setzen uns für transparente Qualitätskontrollen und -standards ein, um sicherzustellen, dass die Versorgung auf höchstem Niveau erfolgt und die Patientensicherheit gewährleistet ist.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

Fachkräftemangel

2) Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser begegnen? Welche Maßnahmen planen Sie?

CDU

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist eine der größten Herausforderungen für den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und unseres Wohlstandes und betrifft alle Länder und Branchen. Das Funktionieren der Wirtschaft ist davon abhängig, dass ausreichend Fachkräfte vorhanden sind. Wir begegnen dieser Herausforderung entschlossen und mit einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen. Wir haben dabei alle Facetten im Blick – von der die Ausbildung junger Menschen, über die Weiterbildung und bessere Vermittlung von Arbeitskräften bis hin zur Anwerbung und Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland.

Wir zünden einen Turbo für mehr Beschäftigung, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet. Unser Ziel sind Perspektiven für eine stabile Beschäftigung mit guten Löhnen für jede und jeden in Hessen. Dies gelingt durch eine Förderung, die wirksam hilft und vermittelt, aber auch Eigeninitiative einfordert.

Durch eine Vielzahl und das Zusammenspiel unterschiedlicher Maßnahmen aus den Bereichen

- 1) Ausbildung und Stärkung der beruflichen Bildung,
- 2) Weiterbildung und Vermittlung
- 3) Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland

wollen wir dem Fachkräftemangel insgesamt begegnen. Dazu gehören für uns unter anderem folgende Maßnahmen:

Die Arbeit des „Neuen Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“, in dem die relevanten Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Kommunen eingebunden sind, stellt einen umfassenden und fachkundigen Blick und entsprechende Konzepte sicher. Diese werden wir weiter fortführen und gemeinsam mit dem Bündnis weitere Lösungsansätze erarbeiten, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Außerdem planen wir einen „Tag des Hessischen Handwerks“ an Schulen.

Um dies zu erreichen, ist es für uns von zentraler Bedeutung die berufliche Ausbildung weiter zu stärken. Wir stehen für eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Wirtschaft, Wohlstand und Fachkräftesicherung brauchen handwerklich begabte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ebenso wie Abiturientinnen und Abiturienten, die eine

universitäre Ausbildung anstreben.

Für uns ist der Meisterbrief ein Zeichen von Qualität und hoher Qualifikation. In Hessen berechtigt er u.a. vollumfänglich zu jedem Studium. Die Ausbildung zum Meister, Techniker sowie Fachwirt werden wir kostenfrei machen. Zudem wollen wir eine Aufstiegsförderung etablieren, die finanzielle Barrieren für Fort- und Weiterbildung abbaut.

Angebote zur beruflichen Orientierung setzen bereits in der Grundschule an und werden im Laufe der Bildungskarriere in allen Schulformen bis zum jeweiligen Abschluss zielgerichtet fortgesetzt. Wir wollen das Handwerk bereits in der Grundschule und der Sekundarstufe I durch Kooperation mit Beruflichen Schulen, auch im Ganztage, stärken.

Unsere Fachkräftecamps, in denen möglichst viele junge Menschen ab 14 Jahren die Möglichkeit erhalten, Zukunftsberufe in Gesundheit und Pflege kennenzulernen und für sich zu entdecken, wollen wir fortführen und auch auf andere Berufsgruppen ausweiten.

Die positiven Elemente regionaler Programme wie die des „Limburger Modells“ oder desProBe („Projekt zur Berufsorientierung“ im Kreis Waldeck-Frankenberg) wollen wir landesweit umsetzen.

Wir bekennen uns zum praxisnahen Konzept der Mittelstufenschule mit einem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum und wollen sie als Schulform durch eine besondere Mittelzuweisung und den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben explizit fördern.

Die duale Ausbildung erfährt unsere besondere Unterstützung. Wir werden unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Dazu werden wir prüfen, ob wir ein eigenes Kommunales Investitionsprogramm für Berufsschulen („KIP Berufsschulen“) einführen können.

Das Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“ werden wir fortführen und umsetzen, damit alle Berufsschulstandorte erhalten bleiben können und die duale Ausbildung und der ländliche Raum gestärkt werden. Um an allen Berufsschulstandorten ein möglichst breites Ausbildungsangebot aufrechterhalten zu können, werden wir dabei prüfen, wie Inhalte auch schulübergreifend angeboten werden können.

Unsere bestehenden Ausbildungsförderprogramme wollen wir fortführen und an die neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes anpassen. Die Verbundausbildung, die besondere Ausbildungsplatzförderung für Hauptschülerinnen und Hauptschüler und das Förderprogramm für Abbrecher, Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf haben sich als wichtige Beiträge zur Fach- und Arbeitskraftgewinnung etabliert und sind auch wichtige Instrumente zur Vermittlung von Menschen in den Arbeitsmarkt.

Mit dem Programm „Wirtschaft integriert“ eröffnen wir gemeinsam mit der Wirtschaft einen Weg zum erfolgreichen Berufsabschluss für Menschen, die eine besondere Deutschförderung benötigen. Diese erfolgreiche Kooperation wollen wir ausbauen.



Unsere mobile Initiative „#REAL: DIGITAL“ wollen wir fortführen, um Schülerinnen und Schüler weiter vor Ort bei der beruflichen Orientierung zu unterstützen und Ihnen die verschiedenen Optionen nach der Schule näherzubringen. Angesichts unbesetzter Ausbildungsplätze muss auch mit digitalen Maßnahmen stärker für berufliche Chancen geworben werden.

Wichtiger Baustein dabei soll unsere Initiative „Von AzuB – Mach deinen Weg“ sein, die wir fortführen und weiter ausbauen. Ferner wollen wir eine digitale Azubi-App entwickeln, die die Vermittlung von Ausbildungsplätzen weiter verbessern soll, indem sie über eine App als Match angeboten werden.

Neben der Aus- und Weiterbildung ist auch die Vermittlung von Arbeitskräften ein wichtiger Baustein zur Arbeitskräftesicherung. Wir bekennen uns zu einer aktivierenden Politik für mehr Beschäftigung, die Menschen wieder selbstverständlich in den vollwertigen Arbeitsmarkt führt. Die Vermittlung in Arbeit und Ausbildung ist die zentrale Aufgabe der Jobcenter und muss künftig wieder Vorrang haben. Für eine entsprechende Änderung im Sozialgesetzbuch werden wir uns auf Bundesebene nachdrücklich einsetzen.

Neben der Akquise der hier vorhandenen Arbeits- und Fachkräfte benötigt es auch eine bessere Anwerbung und Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland. Wir brauchen mehr Fachkräfte-Visa und eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Auch daran werden wir arbeiten – im Bundesrat und in Hessen selbst. Um mehr Fachkräfte aus dem Ausland nach Hessen zu holen, wollen wir eine echte “Fast Lane” für Fachkräfte in Hessen schaffen.

Um ausländischen Arbeitskräften auch einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir u.a. das Hessische Welcome-Center aufgebaut und die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen im Rahmen des Hessischen Landesprogramms „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ ins Leben gerufen. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen und bedarfsgerecht ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass beim Bund eine neue Agentur für Einwanderung („Work-and Stay-Agentur“) geschaffen wird. Diese soll aktiv um Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben. Ihren Aufbau wollen wir aktiv unterstützen und mit hessischen Initiativen verzahnen. Durch eine klare Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Migration Schutzsuchender wollen wir Verfahren beschleunigen.

Wir sehen darin große Chancen, auch für die Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser das nötige Personal für die Zukunft zu gewinnen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden.

B 90 / Die Grünen

Wir wollen die Fachkräfteoffensive zur Personalgewinnung und -ausbildung ausbauen. Dazu gehören vereinfachte Zugänge zu den Berufen, Programme zu Quereinstieg und Qualifizierung sowie eine schnelle Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen. Wir brauchen ausreichend und gut qualifizierte Lehrkräfte, um mehr Menschen in den Gesundheits- und Pflegeberufen ausbilden zu können, deshalb wollen wir auch die Studiengänge im Gesundheitsbereich ausbauen. Zudem müssen die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Teilzeitmodellen

gestärkt werden. Unser Pflegequalifizierungszentrum soll hierfür zu einem Qualifizierungszentrum für Care-Berufe weiterentwickelt werden.

Im Bereich der Gesundheitsfachberufe haben wir die Attraktivität der Ausbildung gesteigert, in dem unter anderem das Land das Schulgeld in der Ausbildung vieler Gesundheitsfachberufe übernimmt. Das neue Landesamt für Gesundheit und Pflege sorgt für schnelle Anerkennung von ausländischen Abschlüssen im Gesundheitssektor. Dabei erfolgt auch Entlastung durch die Gewinnung, Anerkennung und nachhaltige Integration von internationalen Fachkräften. Wir wollen ferner ein zentrales Willkommenszentrum schaffen, das aufenthaltsrechtliche Fragen zügig klärt und mit dazu beiträgt, dass nicht mehr gut integrierte Menschen in Arbeit oder Ausbildung abgeschoben werden. Wir haben es geschafft, die Medizinstudienplätze auszubauen und streben dies auch weiterhin an. Hessen bildet schon heute im Ländervergleich überproportional viele Mediziner*innen an den Hochschulen aus.

Um die Ausbildung insgesamt zu stärken wollen wir Azubiwerke gründen, die - analog zu den Studierendenwerken - günstigen Wohnraum sowie Unterstützungsangebote für Auszubildende schaffen. Außerdem stärken wir die berufliche Orientierung insbesondere an Gymnasien mit berufsorientierten Wahl-Pflicht-Angeboten und verstärkten Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

- **Attraktivere Ausbildung und Weiterbildung:** Wir setzen uns dafür ein, die Ausbildung und Weiterbildung in den Gesundheitshandwerken attraktiver zu gestalten. Dies kann durch die Schaffung von Anreizen wie Stipendien, Zuschüssen oder vergünstigten Ausbildungsbedingungen erfolgen.
- **Berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen:** Wir möchten klare berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen in den Gesundheitshandwerken fördern. Dies kann durch die Schaffung von Karrierewegen, Fortbildungsmöglichkeiten und die Anerkennung von Spezialisierungen erreicht werden.
- **Förderung der dualen Ausbildung:** Die duale Ausbildung in den Gesundheitshandwerken ist von zentraler Bedeutung. Wir unterstützen die duale Ausbildung und setzen uns für die Erhöhung der Ausbildungsplatzkapazitäten ein.
- **Flexiblere Arbeitszeitmodelle:** Um den Berufseinstieg und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, fördern wir flexiblere Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmöglichkeiten.
- **Anerkennung ausländischer Qualifikationen:** Wir wollen den Prozess der Anerkennung ausländischer Qualifikationen für Gesundheitshandwerker vereinfachen und beschleunigen, um qualifiziertes Personal aus dem Ausland zu gewinnen.
- **Innovative Technologien nutzen:** Die Integration innovativer Technologien und Telemedizin kann dazu beitragen, Fachkräftemangel zu kompensieren. Wir unterstützen die Einführung und Nutzung solcher Technologien.

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitshandwerken müssen verbessert werden. Dazu gehören eine angemessene Arbeitsausstattung, ergonomische Arbeitsplätze und eine Reduzierung von administrativem Aufwand.
- Regionale Kooperationen: Wir setzen uns für regionale Kooperationen zwischen Gesundheitshandwerkern und Bildungseinrichtungen ein, um den Nachwuchs gezielt zu fördern und Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

3) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer mit ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich einbezogen werden?

CDU

Grundsätzlich befürworten wir die Einbeziehung der Betroffenen in alle sie betreffenden gesetzlichen Regelungen. Eine solche Beteiligung ist für praxistaugliche und sachgerechte Regelungen und Normen sehr sinnvoll.

Die allgemeinen Verordnungsgrundsätze werden in der Hilfsmittel-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses geregelt. Auch die sonstigen für die Hilfsmittelversorgung relevanten gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen obliegen der Zuständigkeit des Bundes. Die Länder haben hierfür keine gesetzliche Zuständigkeit und sind formal nicht in die Entscheidungen eingebunden. Wir werden uns dennoch im Rahmen der rechtlich gegebenen Möglichkeiten dafür einsetzen, die in der Praxis vorhandene Expertise zu nutzen, um sachgerechte und praxistaugliche Lösungen im Sinne der Versorgung der Patientinnen und Patienten zu schaffen.

B 90 / Die Grünen

Politik muss diejenigen miteinbeziehen, die von den jeweiligen politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Wir GRÜNE setzen daher in allen Politikbereichen – so auch bei der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen – auf den regen und konstruktiven Austausch mit Vertreter*innen der jeweiligen Berufsgruppen z.B. im Rahmen von Fachgesprächen, Expert*innenanhörungen und weiteren Gesprächsangeboten.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

Wir sind der Ansicht, dass diese Fachleute über wertvolle Expertise im Bereich der Hilfsmittelversorgung verfügen und daher in Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollten. Die gemeinsame Selbstverwaltung im Gesundheitswesen sollte offen für die Einbindung von Fachwissen

aus verschiedenen Bereichen sein, um fundierte und praxisnahe Entscheidungen treffen zu können. Dies gilt insbesondere in Fragen der Hilfsmittelversorgung, bei denen die Qualität der Versorgung und die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen sollten.

Die Expertinnen und Experten der Gesundheitshandwerke und Leistungserbringer können wertvolle Beiträge zur Weiterentwicklung und Optimierung der Hilfsmittelversorgung leisten. Daher sind wir offen für Gespräche, wie ihre Expertise in die Entscheidungsprozesse der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich integriert werden kann, um eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen.

Die Linke

Anm.: Bis zur Veröffentlichung lagen uns keine Antworten der Partei vor.

Bürokratie

4) In der WvD-Branchenumfrage 2022 gaben zwei Drittel der Betriebe der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke an, über 30% der Arbeitszeit in der Hilfsmittelversorgung für Bürokratie- und Dokumentationspflichten aufzuwenden. Welche Ansätze hat Ihre Partei, um hier die Bürokratielast zu verringern?

CDU

Es ist eines unserer zentralen Ziele als CDU Hessen, Bürokratie abzubauen. Gerade für die Wirtschaft ist ein Übermaß an Vorschriften und Auflagen eine echte Belastung, die reduziert werden muss. Deshalb starten wir ein umfassendes Entbürokratisierungsprogramm. Ziel ist es, Verfahren zu straffen und u.a. stärker zu digitalisieren und Genehmigungen zu vereinfachen. Damit wollen wir dazu beitragen, weiterhin die besten Rahmenbedingungen für den Erhalt des starken Wirtschaftsstandortes Hessen zu schaffen und als Partner der Wirtschaft an einer starken Zukunft für die Menschen in unserem Land arbeiten. Wir verstehen uns dabei in besonderem Maß als Partner des Mittelstands, der das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet.

Leider obliegen auch hier die wesentlichen rechtlichen Vorgaben, die Bürokratie- und Dokumentationspflichten begründen, der Zuständigkeit des Bundes. Unser Ziel ist es, durch das neu gegründete Landesamt für Gesundheit und Pflege, dort wo wir dies als Land beeinflussen können, den Bürokratieapparat zu verschlanken.

B 90 / Die Grünen

Anm.: Im zugesendeten Dokument ist bei dieser Antwort der Vermerk „3 & 4 zusammen“ eingefügt.

Wir haben 2023 das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege errichtet. Das Landesamt wird den Netzwerkgedanken im Gesundheitswesen aktiv mitgestalten, für eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Sektoren sorgen und Gesundheitsdaten effektiver nutzen. Es soll ebenso bei bürokratischer Überfrachtung und der Verdichtung von Arbeitsprozessen Abhilfe schaffen. Das Landesamt sehen wir als eine Stellschraube neben viele weiteren, um die verschiedenen Sektoren

besser zu vernetzen und unnötige Bürokratielasten zu verringern.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

- Digitalisierung und Vereinfachung von Prozessen: Wir setzen uns für die verstärkte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und Dokumentation im Gesundheitswesen ein. Dies kann die Pflichten reduzieren, die manuelle Dokumentation erfordern. Durch den Einsatz moderner Informationstechnologie und elektronischer Patientenakten kann die Dokumentation effizienter gestaltet werden.
- Abbau überflüssiger Regulierungen: Wir befürworten eine Überprüfung und den Abbau von überflüssigen und bürokratischen Vorschriften im Gesundheitswesen. Ziel ist es, die Bürokratielast für Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu reduzieren, ohne die Qualität und Sicherheit der Versorgung zu beeinträchtigen.
- Vereinheitlichung von Dokumentationsanforderungen: Wir setzen uns für die Vereinheitlichung von Dokumentationsanforderungen auf Bundes- und Landesebene ein, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren und einheitliche Standards zu schaffen.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

Digitalisierung

5) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Hilfsmittelversorgung voranzutreiben?

CDU

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen wird immer mehr an Bedeutung gewinnen und bietet große Chancen für eine gute und schnelle Versorgung. Daher müssen wir Sorge dafür tragen, dass Krankenhäuser, Arztpraxen, weitere Gesundheitsberufe und Heilmittelerbringer und nicht zu vergessen unsere Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die neuen Angebote zu nutzen, damit Patientinnen und Patienten bestmöglich versorgt sind. Die CDU tritt auf Bundes- und Landesebene an, hier weitere Fortschritte anzustrengen. Das erfolgreiche Förderprogramm DIGI-Ambulant, bei dem ein Zuschuss zu Investitionen in die digitale Infrastruktur ausgezahlt wird, setzen wir daher fort. Wir werden prüfen, ob eine Einbeziehung von Heilmittelerbringern in dieses Angebot möglich ist.

B 90 / Die Grünen

Um das Gesundheitswesen besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden Investitionen in digitale Infrastruktur notwendig sein. In diesem Bereich sehen wir Investitionskosten vor.

Zudem werden im kommenden Herbst zwei große digitalpolitische Gesetze aus dem Gesundheitsministerium auf Bundesebene beraten, mit deren Hilfe wir GRÜNE einen großen Schritt im Bereich Digitalisierung im Gesundheitswesen schaffen wollen.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

- Ausbau der Telemedizin: Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz von Telemedizin ein, um Patienten den Zugang zu Fachärzten und Experten für Hilfsmittelversorgung zu erleichtern, insbesondere in ländlichen Regionen. Dabei achten wir darauf, Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten.
- Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA): Wir unterstützen die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte und die aktive Einbindung von Patienten. In der ePA können Gesundheitsdaten, einschließlich Informationen zur Hilfsmittelversorgung, sicher und zentral gespeichert werden.
- Förderung von Health-Apps und digitalen Gesundheitsanwendungen: Wir setzen uns dafür ein, dass innovative Health-Apps und digitale Anwendungen, die die Hilfsmittelversorgung unterstützen, gefördert und leichter in den Versorgungsprozess integriert werden können.
- Förderung von Forschung und Entwicklung: Wir möchten die Forschung und Entwicklung im Bereich der Gesundheitstechnologien und der Hilfsmittelversorgung unterstützen, um innovative Lösungen zu fördern.
- Einführung von Schnittstellenstandards: Wir setzen uns für einheitliche Schnittstellenstandards ein, um die Interoperabilität verschiedener Gesundheitssysteme und Anwendungen sicherzustellen.
- Digitale Gesundheitskompetenz: Wir möchten die digitale Gesundheitskompetenz von Patienten und Gesundheitsexperten fördern, damit alle die Vorteile der Digitalisierung im Gesundheitswesen nutzen können.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

6) Wird sich Ihre Partei insbesondere für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer – inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer – in die Telematik-Infrastruktur einsetzen?

CDU

Wir unterstützen jede Kooperation zwischen allen Akteuren in der Gesundheitswirtschaft zum Wohle der Patienten. Demzufolge halten wir die Einbeziehung der Heilmittelerbringer in die Telematik-Infrastruktur für sinnvoll im Sinne einer guten Versorgung der Patientinnen und Patienten. Bevor dies gelingen kann, ist jedoch der zuständige Bund in der Pflicht, das System lücken- und problemlos bei

den aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Akteuren einzuführen.

B 90 / Die Grünen

Wir wollen die Anbindung aller relevanten Leistungserbringer an die Telematikinfrastruktur. Die Infrastruktur wird fortlaufend ausgebaut (zuletzt durch Einführung des E-Rezepts), weshalb die Ausdehnung der Zugriffsberechtigungen auf weitere Leistungserbringergruppen wie z.B. Hilfsmittelleistungserbringer*innen in Zukunft nicht ausgeschlossen ist. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es hierzu: „Wir beschleunigen die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und des E-Rezeptes sowie deren nutzenbringende Anwendung und binden beschleunigt sämtliche Akteur*innen an die Telematikinfrastruktur an.“

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

Wir glauben an die Bedeutung einer offenen und inklusiven digitalen Gesundheitsinfrastruktur, die es allen Akteuren im Gesundheitswesen ermöglicht, sicher und effizient Informationen auszutauschen. Uns ist wichtig, dass die Telematik-Infrastruktur so gestaltet ist, dass sie die verschiedenen Bedürfnisse und Anforderungen der Leistungserbringer berücksichtigt, darunter auch die Hilfsmittelleistungserbringer. Dies kann dazu beitragen, die Qualität der Versorgung zu verbessern und den Bürokratieaufwand zu reduzieren. Die Einbindung aller relevanten Akteure in die Telematik-Infrastruktur sollte unter Berücksichtigung von Datenschutz und Datensicherheit erfolgen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass die Daten der Patienten und Leistungserbringer angemessen geschützt sind und dass die Nutzung der Infrastruktur transparent und nachvollziehbar ist. Insgesamt streben wir an, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen für alle Beteiligten, einschließlich der Hilfsmittelleistungserbringer, Vorteile bringt und dazu beiträgt, die Versorgung zu verbessern.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

7) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberkriminalität zu schützen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche bei diesem Thema besser zu unterstützen?

CDU

Cyberkriminalität ist eine stark zunehmende Gefahr für Staat und Gesellschaft, die auch unsere Ermittlungsbehörden beschäftigt. Wir sind stolz darauf, dass Hessen eine führende Rolle in Fragen der Informations- und Cybersicherheit unter den deutschen Ländern einnehmen. Die zentrale Stelle für Informationssicherheit in Hessen, das Hessen Cyber-Competence-Center (Hessen3C) ist Herzstück der hessischen Informationssicherheitsarchitektur und in dieser Funktion finanziell und personell weiter auszubauen. Zudem haben wir das Hessische IT-Sicherheitsgesetz verabschiedet und die Zuständigkeiten und Maßnahmen im Bereich der Cybersicherheit auf ein festes Fundament

gestellt. In der kommenden Legislatur wollen wir einen Hessischen Cybersicherheitsrat einführen, der darüber hinaus die zentralen Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft besser vernetzen soll.

In Bezug auf Angriffe auf die Gesundheitsbranche wiegen Cyberangriffe umso schwerer, da es sich immer um kritische Infrastruktur handelt mit sensiblen Gesundheitsdaten und es in der Folge um die Gefährdung erkrankter Menschen geht. Krankenhäuser sind gesetzlich dazu verpflichtet technisch organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um sich vor Cyberangriffen zu schützen. Dabei wollen wir diese aktiv unterstützen. Krankenhäuser brauchen eine moderne Ausstattung. Hessen stellt Rekordinvestitionen für Investitionen in Krankenhäuser bereit. Die Investitionsmittel, die schon jetzt bundesweit im Spitzenfeld liegen, werden wir in mindestens stabiler Höhe beibehalten und dabei insbesondere die Digitalisierung, die IT-Ausstattung und die Cyber-Sicherheit in den Blick nehmen. Darüber hinaus wollen wir das etablierte hessische Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health Beratung und Unterstützung von niedergelassenen Ärzten in Bezug auf Digitalisierung weiterentwickeln. Dabei können wir uns vorstellen dieses Zentrum für weitere Akteure in der Gesundheitsindustrie zu öffnen.

B 90 / Die Grünen

IT-Sicherheit ist ein nicht verhandelbarer Standortfaktor: Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die Voraussetzung für digitalen Wandel. Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser und Unternehmen im Gesundheitssektor müssen besonders gut geschützt sein, sind aber zunehmend im Visier der Cyberkriminellen.

Angesichts von zunehmenden Cyberangriffen auf öffentliche und private Einrichtungen auch in Hessen wollen wir die Cybersicherheit durch verstärkte Fortbildungen der zuständigen Fachkräfte und Förderung der hessischen Einrichtungen für Cybersicherheit stärken. Die Umsetzung soll unabhängig und ressortübergreifend erfolgen. Durch die Etablierung des Forschungszentrums ATHENE haben wir den Weg begonnen, Hessen zu einem Hub der digitalen Sicherheit zu machen und gezielt Wissen zur Bekämpfung und Verhinderung von Cyberattacken auf kritische Infrastruktur aufzubauen. Wir wollen die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie vorantreiben und dabei auch die Sicherheitsbildung und -sensibilisierung in den Fokus rücken.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

- Technische Sicherheitsstandards: Wir werden die Entwicklung und Umsetzung von technischen Sicherheitsstandards fördern, die speziell auf die Bedürfnisse des Gesundheitswesens zugeschnitten sind. Dies kann dazu beitragen, Schwachstellen zu minimieren und Angriffe abzuwehren.
- Förderung von Kooperation und Information: Wir setzen uns für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, dem Privatsektor und der Forschung ein, um Bedrohungen zu analysieren, frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies umfasst den Austausch von Informationen über aktuelle Bedrohungen und Angriffsmuster.

- Unterstützung für KMU: Kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche werden spezielle Unterstützung benötigen. Wir werden Programme fördern, die diesen Unternehmen den Zugang zu aktuellen Cybersicherheitslösungen erleichtern, einschließlich Schulungen und Beratungsdiensten.
- Regulatorische Rahmenbedingungen: Wir werden sicherstellen, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen den Anforderungen der Cybersicherheit gerecht werden. Dies kann die Einführung von Vorschriften zur Meldung von Sicherheitsverletzungen und angemessenen Sanktionen für unsichere Praktiken umfassen.
- Forschung und Entwicklung: Investitionen in Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um innovative Cybersicherheitslösungen zu entwickeln. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen fördern, um neue Technologien und Ansätze zur Abwehr von Cyberbedrohungen zu entwickeln.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

Einheitliche Umsatzsteuer auf Hilfsmittel

8) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?

CDU

Ja. Es ist nicht verständlich, warum vergleichbare oder sogar identische Hilfsmittel unterschiedlich besteuert werden. Der Umsatzsteuersatz sollte für alle Hilfsmittelversorgungen gleich sein. Die Regelungskompetenz für die Höhe dieses Steuersatzes liegt jedoch beim Bund. Wir werden uns wo möglich für eine einheitliche Lösung einsetzen.

B 90 / Die Grünen

Die Regelung der Umsatzsteuer liegt in der Zuständigkeit der Bundesebene. Wir konzentrieren uns auf den Bereich in Hessen, den wir direkt gestalten können. Das übergeordnete Ziel ist der Erhalt einer wohnortnahen, flächendeckenden und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in Hessen.

SPD

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

FDP

Die FDP Hessen setzt sich dafür ein, die Bürokratie und Steuerlast in Deutschland zu reduzieren und faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Die Frage der Umsatzsteuer für medizinische Hilfsmittel wäre Teil dieses größeren Ziels. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass Steuerfragen, einschließlich der Umsatzsteuer, auf Bundesebene entschieden werden und nicht auf Landesebene.

Eine mögliche Änderung der Umsatzsteuersätze für medizinische Hilfsmittel würde politische Debatten und Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene erfordern. Die FDP Hessen könnte sich in dieser Frage für eine Vereinfachung und eine einheitlichere Regelung einsetzen, um die Belastung für die Bürger zu reduzieren, aber dies würde letztendlich von den politischen Entscheidungsträgern auf Bundesebene und den Ergebnissen solcher Debatten abhängen. Es ist wichtig zu betonen, dass die steuerliche Behandlung von medizinischen Hilfsmitteln in Deutschland ein komplexes Thema ist und viele Faktoren berücksichtigt werden müssen, einschließlich steuerlicher Auswirkungen, Haushaltsüberlegungen und die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzierung des Gesundheitssystems. Änderungen in diesem Bereich würden sorgfältig abgewogen und politisch debattiert werden müssen, bevor sie umgesetzt werden könnten.

Die Linke

Anm.: Bis zur angegebenen Rückmeldefrist lagen uns keine Antworten der Partei vor.

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

info@wirversorgendeutschland.de

www.wirversorgendeutschland.de

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

Anmerkung: Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: September 2023